

Kontakt:

WFO Wirtschaftsförderung
Osnabrück GmbH
Natruper-Tor-Wall 2A
49076 Osnabrück
Tel.: 0541 331 40-0
Fax: 0541 26 08 00
Email: wfo@wfo.de
Internet: www.wfo.de

Antragsunterlagen Innovations-Impuls-Programm der Stadt Osnabrück

Für die Antragstellung werden folgende Unterlagen benötigt:

1. Antrag (Formblatt)
2. Allgemeinverständliche Beschreibung des Projektes
3. Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte De-minimis-Beihilfen
4. Investitionsrechnung mit Beurteilung der rechenbaren Aspekte der Investition und der sich daraus ergebenden monetären Konsequenzen (3 Jahre in die Zukunft)
5. Formblatt für die Errechnung der Dauerarbeitsplätze
6. Beschreibung des innovativen Charakters des Vorhabens
7. Umweltbezogene Kriterien (Darstellung auf ges. Blatt)
8. Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Darstellung auf ges. Blatt)
9. Investitionsplan mit Anlagen (z. B. Angebot, Baupläne etc.)
10. Bei Fremdmittelfinanzierung einen Beleg der Bank, die dieses Vorhaben finanziert;
11. Sollte das Projekt nur mit Eigenkapital finanziert werden, wird eine Mitteilung des Hauskreditinstitutes bzw. des Steuerberaters etc. benötigt, welches dem Unternehmen bescheinigt, dass ein solches Vorhaben vom Unternehmen finanziell darstellbar ist.

Antrag auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung im Rahmen des Regionalisierten Teilbudgets

Stadt Osnabrück
Fachbereich Finanzen u. Controlling
Natruper-Tor-Wall 2
49076 Osnabrück

Die Förderung richtet sich nach der Rahmenregelung des Landes Niedersachsen für die Aufstellung und Genehmigung von kommunalen Richtlinien zur kommunalen Förderung von KMU aus dem Schwerpunkt 1 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung in der Fondsperiode 2007-2013 in Verbindung mit der KMU-Richtlinie der kreisfreien Stadt Osnabrück

1. Angaben zum Antragsteller

Name des Unternehmens		
PLZ	Ort	Straße, Hausnummer
Kreis	Gemeindekennziffer	Bundesland
Name, Vorname Geschäftsführer	Telefon	Fax
E-Mail		

Wirtschaftsbereich: gewerbliches Unternehmen Handwerk/Handwerkähnlich Freiberufler

Ansprechpartner (falls abweichend von Antragsteller)

Name		
PLZ	Ort	Straße, Hausnummer
Telefon	Fax	Mail

Falls Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Unternehmensberater etc. beauftragt wurde, bitte Vollmacht beifügen.

Ich / wir beantrage(n)
die Gewährung eines Investitionszuschusses aus Mitteln des Schwerpunktes 1 des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (Regionalisierte Teilbudgets)

<input type="checkbox"/> als sachkapitalbezogener Zuschuss (maximal 30.000,- €)	Zuschuss Euro	Prozentualer Anteil an der Gesamtinvestition
<input type="checkbox"/> als nicht-investiver maßnahmebezogener Zuschuss (maximal 10.000,- €)	Zuschuss Euro	Prozentualer Anteil an der Gesamtinvestition

1.1 Rechtsform und gesellschaftliche Verhältnisse

Rechtsform	Zuständiges Finanzamt	
Gründungsdatum	Tag Monat Jahr	Steuernummer

1.2 Vorförderungen der letzten 2 Jahre und des laufenden Jahres

Haben Sie De-minimis-Beihilfen im Sinne der EU-Gruppenfreistellungsverordnung für De-minimis-Beihilfen beantragt oder erhalten?

Ja nein

⇒ wenn ja, füllen Sie bitte die „Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte De-minimis-Beihilfen“ aus.

Erläuterung: Nach der De-minimis Freistellungsverordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15.12.2006 Abl. L 379/5 vom 28.12.2006 sind Förderungen, die im laufenden Steuerjahr und in den zwei vorangegangenen Steuerjahren 200.000 € nicht übersteigen, der Europäischen Kommission nicht anzumelden.

1.3 Prüfung der Beteiligungsverhältnisse bei kleinen und mittleren Unternehmen

Ja nein

Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist oder

hält das Unternehmen Anteile von 25 % oder mehr an anderen Unternehmen oder

erstellt das Unternehmen eine konsolidierte Bilanz oder ist es im Abschluss eines anderen Unternehmens enthalten oder

bestehen Personenverflechtungen durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen mit anderen Unternehmen, die ganz oder teilweise in dem selben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind ?

⇒ wenn eine oder mehrere Positionen mit ja beantwortet werden, füllen Sie bitte das Formblatt "KMU-Prüfschema" aus.

1.4 Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen

unter 10

10 bis 49

50 bis 249

über 249

1.5 Jahresumsatz

unter 2 Mio Euro

über 2 Mio Euro bis 10 Mio Euro

über 10 Mio Euro bis 50 Mio Euro

über 50 Mio Euro

1.6 Jahresbilanzsumme

unter 2 Mio Euro

2 Mio Euro bis 10 Mio Euro

über 10 Mio Euro bis 43 Mio Euro

über 43 Mio Euro

2. Angaben zum Investitionsvorhaben

2.1 Investitionsort

PLZ	Ort/Ortsteil	Straße, Hausnummer
		Weitere Betriebsstätten in der Stadt Osnabrück
neu PLZ	Ort/Ortsteil	Straße, Hausnummer
		Wirtschaftszweig

2.2 Beschreibung und Begründung des innovativen Gehalts des Vorhabens

Es handelt sich um **arbeitsplatzschaffende** und **arbeitsplatzsichernde** Maßnahmen:

1. Produktive Investitionen

- Errichtung einer Betriebsstätte
- Erweiterung einer Betriebsstätte
- Umstellung, Anpassung bzw. Umstrukturierung einer Betriebsstätte
- Erwerb einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte
- Maßnahmen zum Umweltschutz in ausgewählten Bereichen (z. B. Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien usw.)

2. Nichtinvestive Maßnahmen, insbesondere in den Bereichen

- Erstmalige Teilnahme an Fachmessen (In- und Ausland), hinsichtlich der anfallenden Ausgaben für Miete, Aufbau und Betrieb des Standes. Der Fördersatz wird auf die Hälfte der anfallenden Ausgaben angerechnet
- Strategicoaching (Ausland)
- Durchführung von vorbereitenden Studien, z. B. Marketingkonzept
- Beihilfen für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen (ohne Technologieberatung durch externe Berater); ausgeschlossen sind fortlaufende oder regelmäßige Dienstleistungen wie Steuerberatung oder Wirtschaftsprüfung oder betriebsübliche Werbung. Der Fördersatz wird auf die Hälfte der anfallenden Ausgaben angewendet.
- Internetportale, soweit sie unternehmerische Kooperationen unterstützen
- Gründerunterstützung in der Vorgründerphase, nur soweit nicht andere Fördermaßnahmen verfügbar sind
- Erstmalige Aufstellung von Umweltmanagementsystemen oder Total-Management-Ansätzen, soweit sie speziell auf KMU's abgestellt sind
- Konzepte für betriebliches Energiemanagement, regenerative Energien und erhebliche Einsparinvestitionen
- Ausgaben für Technologieberatung, Demonstrationsanlagen und Geräte im Rahmen von Produkt-, Prozess-, Marketing sowie organisatorischen Innovationen

3. **Innovativer Charakter der Innovation**

- Die Maßnahme hat einen innovativen Charakter

Bitte beschreiben und begründen Sie formlos in einer gesonderten Anlage den **innovativen Charakter der Maßnahmen**. Hier ist auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens einzugehen.

2.3 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte

Kennzeichnung und Nummer der amtlichen Statistik

Branchenschlüssel nach NACE und Kennzeichnung (Allgemeine Klassifikation der Wirtschaftszweige, Statistisches Bundesamt):

Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit

Wirtschaftszweige / Industriegruppen	Produktion in Prozent	Umsatz in Prozent

3. Angaben zu den Dauervollzeitarbeitsplätzen

⇒ Hinweis: Die Teilzeitarbeitsplätze sind anteilmäßig zu der regelmäßigen betriebsüblichen oder tariflichen Arbeitszeit eines Vollzeitarbeitsplatzes (z.B. Teilzeitarbeitsplatz 15 Stunden pro Woche / Vollzeitarbeitsplatz 40 Stunden pro Woche = 0,375) zu berücksichtigen. Die auf diese Weise für die einzelnen Teilzeitarbeitsplätze festgestellten Anteile sind zu addieren und in die Tabelle einzutragen.

Zur Ermittlung der Dauerarbeitsplätze ist die Anlage „Ermittlung der Anzahl der Dauervollzeitarbeitsplätze“ auszufüllen. Die Ergebnisse sind in den Antrag zu übertragen.

3.1 Anzahl der vorhandenen Dauervollzeitarbeitsplätze vor Investitionsbeginn

	Frauen		Männer		Gesamt
	Vollzeit	Teilzeit	Vollzeit	Teilzeit	
Dauervollzeitarbeitsplätze (ohne Ausbildungsplätze)					
Ausbildungsplätze					

3.2 Zahl der Dauervollzeitarbeitsplätze nach Abschluss der Investition

Anzahl der gesicherten Dauervollzeitarbeitsplätze nach Vorhabenende

	Anzahl
Dauervollzeitarbeitsplätze (ohne Ausbildungsplätze)	
Ausbildungsplätze	

3.3. Anzahl der zusätzlichen Dauervollzeitarbeitsplätze nach Vorhabenende

	Anzahl
Dauervollzeitarbeitsplätze (ohne Ausbildungsplätze)	
Ausbildungsplätze	

3.4 Angaben zu Verlagerungsinvestitionen

Werden in einem sachlichen/inhaltlichen und zeitnahen Zusammenhang zu dem in Punkt 2 bezeichneten Vorhaben in einer anderen mit dem Unternehmen verbundenen Betriebsstätte Arbeitsplätze abgebaut?

nein ja Geben Sie bitte die Anzahl der abgebauten Dauervollzeitarbeitsplätze und die Anschrift der betreffenden Betriebsstätte an

Anzahl der abgebauten Arbeitsplätze	
-------------------------------------	--

Anschrift der Betriebsstätte

PLZ	Ort/Landkreis	Straße/Hausnummer
-----	---------------	-------------------

3.5 Vereinbarkeit von Familie und Beruf:

Beschreiben Sie bitte, welche Maßnahme das Unternehmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon umgesetzt hat und welche Maßnahmen im Rahmen des Investitionsvorhabens umgesetzt werden sollen.

⇒ Anlage beifügen

4. Investitionen

4.1 Angaben zu den geplanten Investitionsvolumen

	Euro (auf volle 100 Euro gerundet)
1. Anschaffungs-/Herstellungskosten der zum Investitionsvorhaben zählenden Wirtschaftsgüter	
2. Anschaffungskosten zu leasender Wirtschaftsgüter	
3. Anschaffungskosten von Wirtschaftsgütern durch Mietkauf	
4. Gebrauchte Wirtschaftsgüter	
5. Grundstückskosten	
6. Veräußerungserlöse bei Betriebsverlagerungen	
7. Entschädigungsbeträge bei Betriebsverlagerungen	
8. Anschaffungskosten von Wirtschaftsgütern, denen eine entgeltliche Nutzungsvereinbarung zugrunde liegt	
9. Anschaffungskosten immaterieller Wirtschaftsgüter	
10. Nicht-investive Maßnahmen	
11. Fahrzeuge	
12.	
13.	
14.	
15.	
16.	
Gesamtinvestition (1 - 16)	

⇒ Hinweis: Die Summe der Gesamtinvestition muss der Summe der Gesamtfinanzierung entsprechen.

4.2 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Vor dem Beginn des Investitionsvorhabens ist die schriftliche Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit durch die Stadt Osnabrück abzuwarten.

Achtung: Der Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Tag der Bestellung eines/r zu fördernden Wirtschaftsgutes /Maßnahme. Siehe Seite 7 „Erklärungen“ unter Punkt 1.

Vorhabenbeginn _____
Tag Monat Jahr

Vorhabenende _____
Tag Monat Jahr

4.3 Aufteilung der Investitionen auf mehrere Jahre

Jahr	Euro	Jahr	Euro	Jahr	Euro	Jahr	Euro

5. Finanzierung

Hinweise:

- Beträge sind auf volle 100,00 Euro zu runden.
- Fremdfinanzierungen sowie Eigenmittel sind durch geeignete Belege nachzuweisen.
- Es sind alle öffentlichen Finanzierungshilfen anzuführen, die beantragt oder bewilligt worden sind oder beantragt werden sollen.
- Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestition entsprechen.

Der Beitrag des Zuwendungsempfängers aus Eigen- und Fremdmitteln zur Finanzierung des Investitionsvorhabens muss mindestens 25% des beihilfefähigen Kosten beitragen. Dieser Mindestbetrag darf keine öffentliche Förderung enthalten.

Eigenmittel	Euro
Eigenkapital	
Beantragter Investitionszuschuss (Vorfinanzierung muss nachgewiesen werden)	

Fremdfinanzierung	Euro
Bankkredite	
Leasing	
Mietkauf: Aktivierung beim Kapitalgeber	
Mietkauf: Aktivierung beim Kapitalnehmer	
Gesellschafterdarlehen / privates Darlehen	
sonstige (bitte erläutern):	
Öffentliche Finanzierungshilfen ¹	
KfW-Unternehmerkapital	
Niedersachsenkredit	
sonstige (bitte erläutern):	
Summe Fremdfinanzierung	

Gesamtfinanzierung	Euro

Die Beantragung eines Niedersachsenkredites neben dem Zuschussbetrag

- ist beabsichtigt
- Anteil Investitionskredit: _____ €
- Anteil Betriebsmittelkredit: _____ €
- ist nicht beabsichtigt
- ist erfolgt
- Darlehenszusage vom: _____ über _____ €
- Anteil Investitionskredit: _____ €
- Anteil Betriebsmittelkredit: _____ €

¹ Darlehensverträge bitte beifügen

6. Erklärungen:

1. **Ich/Wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Erhalt der Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit zu beginnen.** Mir/uns ist bekannt, dass unter Beginn des Vorhabens grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages verstanden wird. Mir/uns ist bekannt, dass der Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) und bei Baumaßnahmen die Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn des Vorhabens angesehen werden.
2. Ich/wir erkläre(n), dass Abwasser und Abfälle, die bei den unter Ziffer 4 genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und dass sich die gegebenenfalls entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.
3. Mir/uns ist von der Bewilligungsbehörde bzw. der von ihr ermächtigten Stelle bekannt gemacht worden, dass folgende in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:
 - 3.1 Angaben zum Antragsteller (Ziffer 1.) ggf. Angaben in der vorzulegenden Nutzungs- bzw. Leasingvereinbarung ,
 - 3.2 Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Ziffer 1.1),
 - 3.3 Vorförderungen der Betriebsstätte (Ziffer 1.2) bzw. der erworbenen gebrauchten Wirtschaftsgüter,
 - 3.4 Beteiligungsverhältnisse (Ziffer 1.3),
 - 3.5 Angaben zur Anzahl der Beschäftigten, zum Jahresumsatz, zur Jahresbilanzsumme (Ziffer, 1.4, 1.5 und 1.6),
 - 3.6 Investitionsort und weitere Betriebsstätten (Ziffer 2.1),
 - 3.7 Angaben zum Investitionsvorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits heute sicher feststehen (Ziffer 2.2 und 4.1),
 - 3.8 Wirtschaftszweig, Fertigungsprogramm oder Art der gewerblichen Tätigkeit (Ziffer 2.3),
 - 3.9 Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze bei Investitionsbeginn und nach Abschluss der Investition (Ziffer 3.1, 3.2 und 3.3);
 - 3.10 Angaben zu den Verlagerungsinvestitionen (Ziffer 3.4)
 - 3.11 Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Ziffer 3.5),
 - 3.12 Abschreibung in den letzten drei Jahren (Ziffer 3.6),
 - 3.13 Beginn des Vorhabens (Ziffer 4.2),
 - 3.14 Angaben zur Finanzierung einschließlich öffentlicher Finanzierungshilfen (Ziffer 5),
 - 3.15 Angaben zum Erwerb von Grundstücken oder Bauten von der öffentlichen Hand sowie zum Kaufpreis

Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl I S 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns bis heute bewilligte Zuwendungen, sei es der NBank, sei es einer anderen staatlichen Stelle oder der Europäischen Kommission

- bisher nicht wegen formeller und/oder materieller Rechtswidrigkeit (insbesondere wegen Unvereinbarkeit mit dem EU-Beihilfenrecht nach Art. 87, 88 EG-Vertrag) aufgehoben und zurückgefordert wurden oder
- im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung vollständig zurückgezahlt wurden.

Mir/uns ist bekannt, dass eine Bewilligung solange unterbleibt, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde. Vorstehende Erklärung ist eine subventionserhebliche Tatsache.

Mir/uns ist insoweit ebenfalls bekannt, dass ich/wir jede zukünftige Abweichung meiner/unserer vorstehenden Angaben unverzüglich der NBank mitteilen muss/müssen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen oben genannter Stellen.

4. Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt, insbesondere werde(n) ich/wir **jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen.**
5. Mir/uns ist bekannt, dass sich der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) an der beantragten Finanzierungshilfe beteiligt und dass die Verordnung (EG)1083/2006 des Rates vom 11.Juli 2006, Amtsblatt der EG Nr. L 210/25 vom 31. Juli 2006, in Verbindung mit der Verordnung (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006, Amtsblatt der EG Nr. L 10/1 vom 31. Juli 2006 Anwendung findet.

Nach Art. 72 der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 vom 8. Dezember 2006, Amtsblatt der EG L 371/1 vom 27. Dezember 2006 vergewissert sich die Kommission, dass in den Mitgliedstaaten Verwaltungs- und Kontrollsysteme vorhanden sind und einwandfrei funktionieren, so dass eine effiziente und ordnungsgemäße Verwendung der Gemeinschaftsmittel sichergestellt ist. Zu diesem Zweck können - unbeschadet der von den Mitgliedstaaten gemäß den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften durchgeführten Kontrollen - Beamte oder Bedienstete der Kommission vor Ort die Operationen, die aus den Fonds finanziert werden, und die Verwaltungs- und Kontrollsysteme unter anderem im Stichprobenverfahren kontrollieren (**Vor-Ort-Kontrollen**). Nach Art. 69 der Verordnung (EG) 1083/2006 hat die für eine Intervention zuständige Verwaltungsbehörde für die Publizität der Intervention zu sorgen.
6. Ich/ Wir verpflichte(n) mich/uns, ein Hinweisschild nach Vorgaben der Bewilligungsbehörde am Standort meines Vorhabens aufzustellen bzw. anzubringen, sowie auf allen Unterlagen, insbesondere auf allen Teilnahmebestätigungen und Bescheinigungen, sowie bei Veröffentlichungen im Internet das in Anhang I zu Art. 9 VO (EG) 1828/2006 vorgeschriebene EU-Emblem und den Verweis auf die Europäische Union sowie die Angabe des Fonds anzubringen, aus dem mein/unser Vorhaben kofinanziert wird.
7. Mir/uns ist bekannt, dass wenn ich/wir die Finanzierung annehme(n) zugleich der Veröffentlichung meiner/unserer Förderdaten nach Art. 6 in Verbindung mit Art. 7 Abs. 2 Buchstabe der Verordnung (EG) Nr.1828/2006 vom 08.12.2006, Amtsblatt der EG L 371/1 vom 27.12.2006 zustimme(n) und diese Daten zur Veröffentlichung nach EU-Regeln zur Verfügung stelle(n).
8. Hiermit erkläre(n) ich/wir, für dieses Vorhaben keine Förderung aus anderen Richtlinien des Landes, außer den unter Nr. 5 aufgeführten öffentlichen Finanzierungshilfen, beantragt zu haben bzw. zukünftig zu beantragen (Ausschluss von Doppelförderung).

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft, Nutzer)

Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle (vgl. Punkt 1.1 der Erläuterungen) zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung und der fachlichen Beurteilung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und den für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme der Strukturfonds zuständigen Dienststellen der EU-Kommission zur Verfügung zu stellen. Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft, Nutzer)

Erklärung zu den Beteiligungsverhältnissen bei kleinen und mittleren Unternehmen

Ich/wir gehe(n) aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist. Mir/uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die Angaben in Ziffer 1 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere ich/sichern wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den in den Ziffern 1.2, 1.3, 1.4, 1.5 abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen.

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel (ggf. Betriebsgesellschaft, Nutzer)

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch Von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen (vgl. Ziffer 1. der Erläuterungen).

Ort/Datum

Unterschrift/Stempel (ggf. Besitzgesellschaft, Investor)

7. Erläuterungen zu den Ziffern im Antragsformular

Ziffer 1

Auf einem Antragsvordruck kann der Antragsteller die Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen nur für **ein** Vorhaben in **einer** Betriebsstätte beantragen. Bei Investitionsvorhaben, die sich auf mehrere Betriebsstätten erstrecken, müssen getrennte Anträge gestellt werden. Dies gilt nicht, wenn die Betriebsstätten eines Gewerbebetriebes des Steuerpflichtigen innerhalb derselben politischen Gemeinde liegen.

Der Antragsteller kann sich vertreten lassen. Nach § 14 Abs. 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes i.V. mit dem Rechtsberatungsgesetz sind jedoch Bevollmächtigte und Beistände zurückzuweisen, wenn sie geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgen, ohne dazu befugt zu sein.

Der Antrag ist vor Beginn des Investitionsvorhabens zu stellen. Als Datum der Antragstellung gilt der Eingangsstempel der antragsannahmenden Stelle. Mit dem Investitionsvorhaben kann nicht vor Erhalt der Bestätigung der grundsätzlichen Förderfähigkeit begonnen werden.

Beginn des Investitionsvorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb (mit Ausnahme des Erwerbs einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte) nicht als Beginn des Vorhabens.

Der Investor kann seinen Antrag nur bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle dieses Bundeslandes einreichen.

Im Falle einer **Betriebsaufspaltung**, einer Mitunternehmerschaft oder einer Organschaft ist der Antrag neben dem Antragsteller auch von den Beteiligten zu unterzeichnen. Im Falle einer Betriebsaufspaltung oder einer Mitunternehmerschaft ist eine Bescheinigung des Finanzamtes vorzulegen.

Bei **sonst fehlender Identität zwischen Investor und Nutzer** wird der Antrag vom Nutzer unter Zugrundelegung eines verbindlichen Angebots des Investors auf Abschluss eines Nutzungsvertrages gestellt. In diesem Vertrag sind die Anschaffungs- und Herstellungskosten des Objekts, die Nutzungszeit, das Nutzungsentgelt sowie etwa vereinbarte Verlängerungsoptionen anzugeben.

Ziffern 1.3 / 1.4 / 1.5 / 1.6

Maßgeblich ist die Situation im Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Bewilligung einer Förderung; Änderungen sind daher der zuständigen Behörde mitzuteilen.

Sofern das Unternehmen zu 25% oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines anderen oder mehrerer Unternehmen oder Unternehmer steht, ist vom Antragsteller anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger sind. Handelt es sich bei den Unternehmen oder Unternehmern um öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger, ist auch anzugeben, ob die beteiligten Unternehmer einzeln oder aber gemeinsam Kontrolle über das Unternehmen ausüben.

Ist aufgrund der Kapitalstreuung nicht zu ermitteln, wer die Anteile hält, ist durch den Antragsteller die auf Seite 8 aufgeführte Erklärung abzugeben.

Ziffer 2.2

Eine nähere Beschreibung und Begründung des Investitionsvorhabens ist erforderlich, um den Sachverhalt möglichst zeitnah beurteilen zu können.

Ziffer 3.1

Hier sind anzugeben:

- Hat der Antragsteller mehrere Betriebsstätten desselben Gewerbebetriebes in derselben Gemeinde, so ist für alle diese Betriebsstätten die Zahl der bisher schon vorhandene und besetzten Dauerarbeitsplätze anzugeben und dann die Zahl

der in allen diesen Betriebsstätten nach Abschluss des zu fördernden Investitionsvorhabens vorhandenen und besetzten bzw. zu besetzenden Dauerarbeitsplätze gegenüberzustellen.

- Teilzeitarbeitsplätze werden wie folgt berücksichtigt: Ein Teilzeitarbeitsplatz wird im Verhältnis der jährlichen Arbeitsstunden zu der Anzahl der Arbeitsstunden eines Vollzeitarbeitsplatzes anteilig berücksichtigt.
- Saisonarbeitsplätze finden mit ihrer jahresdurchschnittlichen tariflichen oder betriebsüblichen Arbeitszeit als Dauerarbeitsplätze Berücksichtigung, wenn sie nach Art der Betriebsstätte während der Saisonzeit auf Dauerangeboten und besetzt werden.
- Bei Mehrschichtbetrieben ist die Zahl der Dauerarbeitsplätze grundsätzlich mit der Zahl der entsprechenden Arbeitskräfte gleichzusetzen.

Ziffer 4.1

Die Angaben zum Investitionsvolumen stellen eine notwendige Konkretisierung des Investitionsvorhabens dar und ergänzen insoweit Ziffer 2.2 (Beschreibung des Investitionsvorhabens).

Die Beträge sind in Euro auszuweisen. Gegebenenfalls sind hier die Plandaten einzusetzen. Unvorhergesehene Investitionskosten erhöhungen können unter bestimmten Voraussetzungen nachträglich geltend gemacht werden; sie sind in jedem Fall unverzüglich nach Bekanntwerden der antragsannahmenden Stelle bekanntzugeben. Zur Ermittlung der förderfähigen Kosten des Investitionsvorhabens sind ggf. sämtliche Einzelpositionen des Ziffer 4.1. betragsmäßig auszuweisen.

- Von den förderfähigen Kosten sind **Fahrzeuge ausgenommen**, die im Straßenverkehr zugelassen sind und primär dem Transport dienen (beispielsweise Pkw, Kombifahrzeuge, Lkw, Omnibusse, aber auch Luftfahrzeuge, Schiffe, Schienenfahrzeuge)
- **Entschädigungsbeträge** können beispielsweise nach Baugesetzbuch oder aus restitutionsrechtlichen Gründen entstehen. Bei der Ausweisung sind alle im Zusammenhang mit der Betriebsverlagerung erhaltenen Entschädigungsbeträge anzugeben. Hat der Investor zum Zeitpunkt der Antragstellung noch keine Entschädigung erhalten, so hat er die voraussichtlichen Entschädigungsansprüche im Zusammenhang mit der Betriebsverlagerung aufzuführen.
- Immaterielle Wirtschaftsgüter sind: Patente, Betriebslizenzen oder patentierte technische Kenntnisse sowie nicht patentierte technische Kenntnisse.

Ziffer 5

Hier sind in jedem Fall **sämtliche** öffentliche Finanzierungshilfen für das Investitionsvorhaben anzugeben, d.h. auch dann, wenn diese Hilfen nicht auf die Förderhöchstsätze anrechenbar sind. Soweit die öffentlichen Finanzierungshilfen noch nicht beantragt oder bekannt sind oder der Subventionswert noch nicht feststeht, müssen die entsprechenden Änderungen nachträglich gemeldet werden.

Die Anträge nimmt die kreisfreie Stadt Osnabrück entgegen.



**Erklärung über bereits erhaltene bzw. beantragte De-minimis-Beihilfen
im Sinne der EU-Gruppenfreistellungsverordnung für De-minimis-Beihilfen
(Stand: 1. Juli 2007)**

Antragsteller

Investitionsanschrift

Ist das Unternehmen im Bereich des Straßentransportsektors tätig? ja nein

Hiermit bestätige ich, dass ich, bzw. das Unternehmen

(vollständiger Name des Unternehmens)

im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren keine folgende

De-minimis-Beihilfen¹ im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 379 vom 28. Dezember 2006 bzw. der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 10 vom 13. Januar 2001, erhalten habe.

Datum Bewilligung	Zuwendungsgeber	Aktenzeichen	Fördersumme in Euro	Subventionswert in Euro

Mir ist bekannt, dass vorstehende Angaben subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 3 Subventionengesetz sind. Ich verpflichte mich, Ihnen Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sofern sie mir vor der Zusage für die hier beantragten Darlehen/Mittel bekannt werden.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

¹ Die Summe der Beträge der von Ihnen bereits erhaltenen De-minimis-Beihilfen können Sie den in dem betreffenden Zeitraum erhaltenen De-minimis-Bescheinigungen (in der Anlage zu den Zuwendungsbescheiden) entnehmen. Für De-minimis-Beihilfen besteht die Verpflichtung zur gesonderten Nennung des Subventionswertes.

Ermittlung der Anzahl der Dauervollzeitarbeitsplätze
Beispielberechnung siehe Rückseite!

Wöchentliche Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigung (Std/Woche):
 Saisonbeschäftigte: Jahresarbeitszeit (Std/Jahr):

Anzahl der Arbeitsplätze vor Maßnahmebeginn (ohne Ausbildungsplätze):

A) *Befristete Arbeitsplätze = Arbeitsplätze, die von vornherein nicht auf Dauer angelegt sind, z. B. Projektarbeitsplätze*

		Frauen				Männer		Gesamt
Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Vollzeit-arbeitsplätze
Zwischensumme:								

Befristete Arbeitsplätze können nicht angerechnet werden!

B) *Unbefristete Arbeitsplätze = Arbeitsplätze die von vornherein auf Dauer angelegt sind*

		Frauen				Männer		Gesamt
Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Vollzeit-arbeitsplätze
Zwischensumme:								

C) *Saisonal Beschäftigte*

		Frauen				Männer		Gesamt
Anzahl	Std/Jahr	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Anzahl	Std/Jahr	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Vollzeit-arbeitsplätze
Zwischensumme:								
Summe (B+C):								

Anzahl der Arbeitsplätze nach Maßnahmebeginn (ohne Ausbildungsplätze):

D) *Befristete Arbeitsplätze = Arbeitsplätze, die von vornherein nicht auf Dauer angelegt sind, z. B. Projektarbeitsplätze*

Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze
Zwischensumme:			

Befristete Arbeitsplätze können nicht angerechnet werden!

E) *Unbefristete Arbeitsplätze = Arbeitsplätze die von vornherein auf Dauer angelegt sind*

Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze
Zwischensumme:			

F) *Saisonal Beschäftigte*

Anzahl	Std/Jahr	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze
Zwischensumme:			
Summe (E+F):			

Beispiel:

Wöchentliche Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigung (Std/Woche):
 Saisonbeschäftigte: Jahresarbeitszeit (Std/Jahr):

40
1840

Anzahl der Arbeitsplätze vor Maßnahmebeginn (ohne Ausbildungsplätze):

A) *Befristete Arbeitsplätze = Arbeitsplätze, die von vornherein nicht auf Dauer angelegt sind, z. B. Projektarbeitsplätze*

Frauen				Männer				Gesamt
Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Vollzeit-arbeitsplätze
2	40	80	2,0	3	40	120	3,0	5,0
3	12	36	0,9	2	12	24	0,6	1,5
Zwischensumme:								6,5

Befristete Arbeitsplätze können nicht angerechnet werden!

B) *Unbefristete Arbeitsplätze = Arbeitsplätze die von vornherein auf Dauer angelegt sind*

Frauen				Männer				Gesamt
Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Vollzeit-arbeitsplätze
22	40	880	22,0	15	40	600	15,0	37,0
10	20	200	5,0	8	20	160	4,0	9,0
5	15	75	1,9	4	15	60	1,5	3,4
Zwischensumme:								49,4

C) *Saisonal Beschäftigte*

Frauen				Männer				Gesamt
Anzahl	Std/Jahr	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Anzahl	Std/Jahr	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze	Vollzeit-arbeitsplätze
1	970	970	0,5	2	970	1940	1,1	1,6
2	830	1660	0,9	2	750	1500	0,8	1,7
Zwischensumme:								3,3
Summe (B+C):								52,7

Anzahl der Arbeitsplätze nach Maßnahmebeginn (ohne Ausbildungsplätze):

D) *Befristete Arbeitsplätze = Arbeitsplätze, die von vornherein nicht auf Dauer angelegt sind, z. B. Projektarbeitsplätze*

Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze
5	40	200	5,0
5	12	60	1,5
Zwischensumme:			6,5

Befristete Arbeitsplätze können nicht angerechnet werden!

E) *Unbefristete Arbeitsplätze = Arbeitsplätze die von vornherein auf Dauer angelegt sind*

Anzahl	Std/Woche	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze
40	40	1600	40,0
20	20	400	10,0
9	15	135	3,4
Zwischensumme:			53,4

F) *Saisonal Beschäftigte*

Anzahl	Std/Jahr	Summe	entspricht Vollzeit-arbeitsplätze
3	970	2910	1,6
2	830	1660	0,9
2	750	1500	0,8
Zwischensumme:			3,3
Summe (E+F):			56,7



KMU – Prüfschema und Berechnungsbogen

(Stand: 17. September 2008)

1. Prüfschema für KMU

Die Grundlage für die Einstufung als KMU bildet das in der Anlage 1 beigefügte Prüfschema.

Das Antrag stellende Unternehmen muss selbständig prüfen, ob es die Kriterien eines KMU erfüllt. **Liegen keine Verflechtungen mit anderen Unternehmen vor, handelt es sich um ein eigenständiges Unternehmen. In diesem Falle muss das Unternehmen nur seine Daten (Name / Bezeichnung / Mitarbeiter / Jahresumsatz / Bilanzsumme) in die erste Zeile des Deckblatts des Berechnungsbogens (Anlage 3) übertragen.** Weitere Angaben sind nicht erforderlich.

Ist der Antragsteller kein eigenständiges Unternehmen, sind mögliche Beziehungen zu anderen Unternehmen (sowohl zur „Mutter“ als auch zur „Tochter“) zu berücksichtigen. Je nach Ausprägung dieser Beziehungen kann der Antragsteller den Status eines verbundenen und/oder Partnerunternehmens haben.

Hat der Antragsteller den Status eines verbundenen Unternehmens, so sind alle verbundenen Unternehmen dieses verbundenen Unternehmens sowie alle Partnerunternehmen der verbundenen Unternehmen zu berücksichtigen. Weitere Beziehungen der Partnerunternehmen bleiben außer Acht.

Das Prüfschema ist für jede direkte Beziehung zu durchlaufen.

2. Berechnung bei verbundenen Unternehmen und / oder Partnerunternehmen

Die Grundlage für die Berechnung der Schwellenwerte bildet das in der Anlage 2 beigefügte Berechnungsschema mit den Berechnungsbögen.

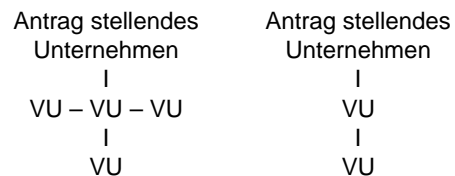
Ist das Antrag stellende Unternehmen ein Partnerunternehmen bzw. ein verbundenes Unternehmen, das keinen konsolidierten Jahresabschluss erstellt und auch nicht durch Konsolidierung in eine andere Bilanz einbezogen wird, sind die Daten dieses Unternehmens in das Deckblatt des Berechnungsbogens (Anlage 3) unter der Rubrik „Antragsteller“ einzutragen.

Für jede direkte Beziehung mit einem Anteil ab 25 % zu einem anderen Unternehmen ist jeweils ein Anhang A (Anlage 4) und/oder B (Anlage 5) des Berechnungsbogens auszufüllen.

Berechnungsbogen Anhang A (verbundene Unternehmen):

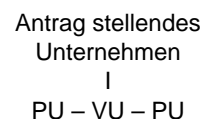
Handelt es sich bei der direkten Beziehung um ein verbundenes Unternehmen, ist der Anhang A zu verwenden. Sowohl die Daten für dieses verbundene Unternehmen als auch die Daten für alle diesem Unternehmen nachgeschalteten verbundenen Unternehmen sind in voller Höhe zu berücksichtigen.

Möglich Konstellationen:



Die Daten für Partnerunternehmen auf der Ebene der verbundenen Unternehmen sind quotal in Höhe der Beteiligungen anzugeben. Die Quote bestimmt sich nach Kapitalanteil oder Stimmrechtsanteil. Maßgebend ist der höhere Wert. Bei wechselseitigen Kapitalbeteiligungen wird der höhere dieser Anteile herangezogen.

Mögliche Konstellation:



Wird ein konsolidierter Jahresabschluss erstellt, müssen die Angaben aus diesem Abschluss in den Berechnungsbogen übernommen werden.

Berechnungsbogen Anhang B (Partnerunternehmen):

Handelt es sich bei der direkten Beziehung um ein Partnerunternehmen, ist der Anhang B zu verwenden. Dabei sind die Daten des Partnerunternehmens quotal in Höhe der Beteiligung anzusetzen. Für jedes mit dem Partnerunternehmen verbundene Unternehmen sind die Daten ebenfalls mit der Quote des Partnerunternehmens

anzusetzen. Die Quote bestimmt sich nach Kapitalanteil oder Stimmrechtsanteil Maßgebend ist der höhere Wert. Bei wechselseitigen Kapitalbeteiligungen wird der höhere dieser Anteile herangezogen.

Mögliche Konstellation:

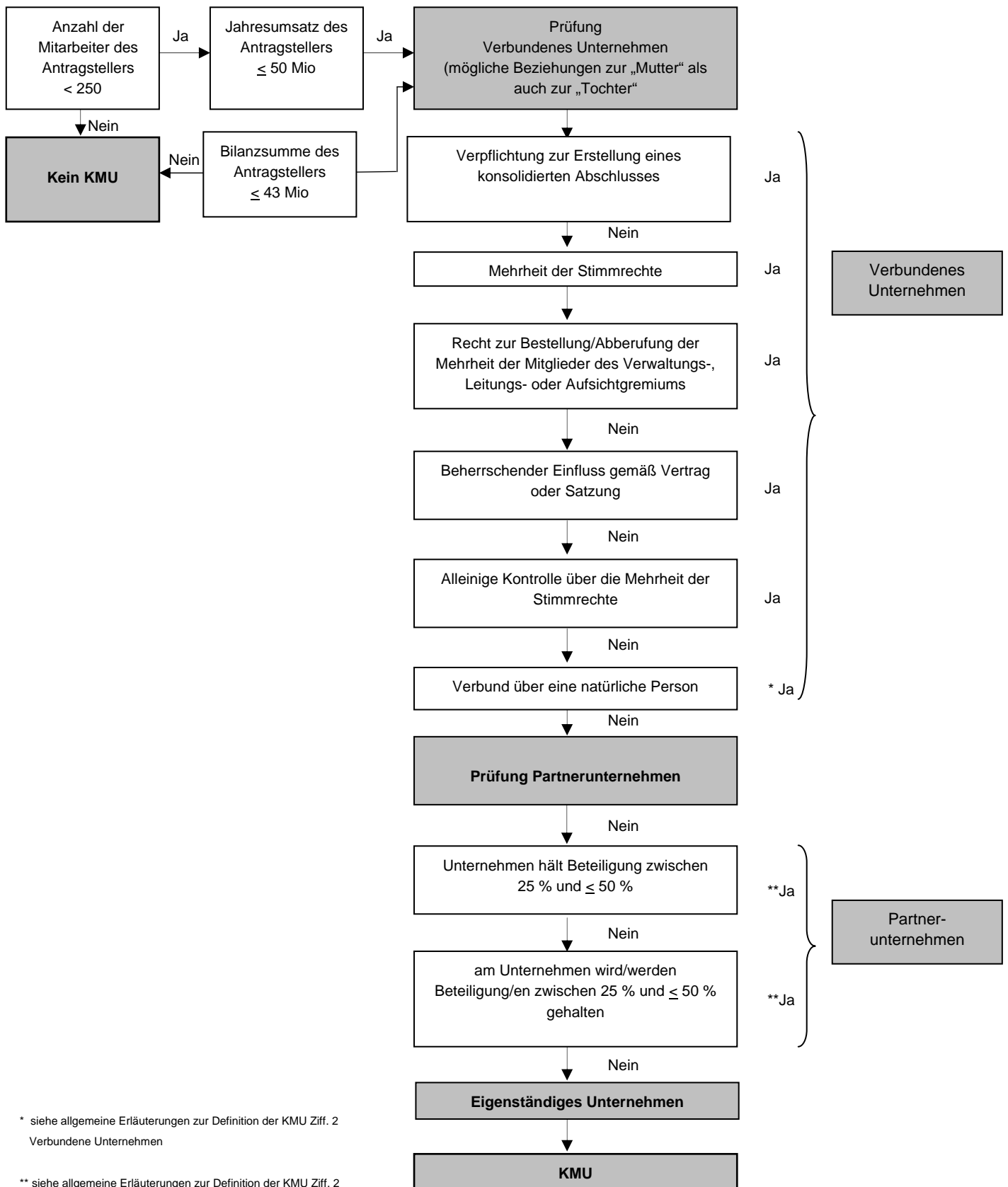
Antrag stellendes
Unternehmen
|
VU – PU – VU

Wird ein konsolidierter Jahresabschluss erstellt, müssen die Angaben aus dem Abschluss in den Berechnungsbogen übernommen werden.

Berechnung Deckblatt:

Die Ergebnisse aus allen Anhängen A und B sind auf das Deckblatt zu übertragen.

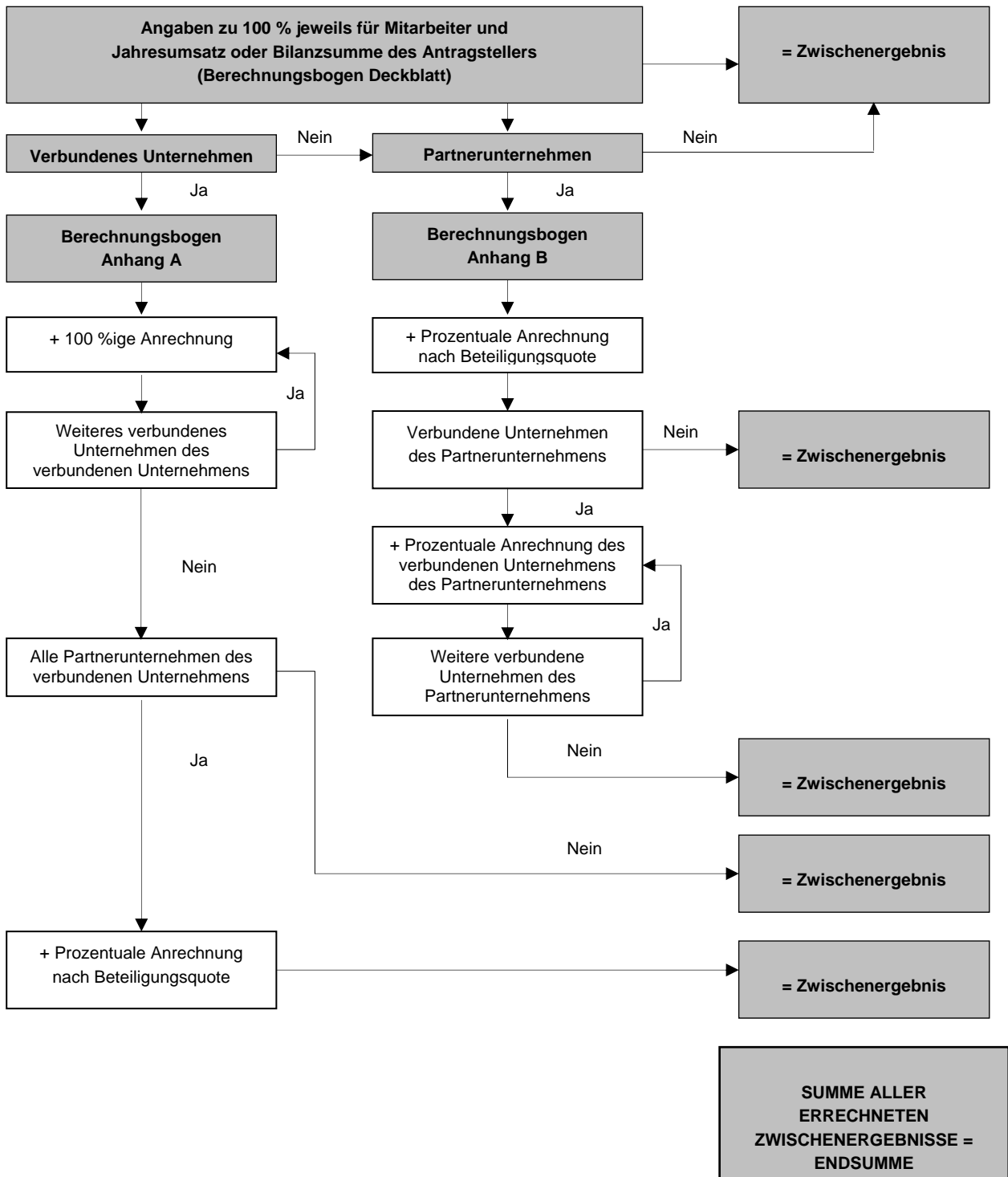
Prüfschema für kleine und mittlere Unternehmen (Anlage 1)



* siehe allgemeine Erläuterungen zur Definition der KMU Ziff. 2
Verbundene Unternehmen

** siehe allgemeine Erläuterungen zur Definition der KMU Ziff. 2
Eigenständige Unternehmen

Berechnungsschema bei verbundenen und/oder Partnerunternehmen (Anlage 2)



Anlage 3

W -	8							
Antragsnummer								
Name, Vorname, Firma								
_____ _____ _____								
Straße, PLZ, Ort								
_____ _____ _____								
Ansprechpartner: Name, Telefon, E-Mail								
_____ _____ _____								

Berechnungsbogen - Deckblatt -

	Mitarbeiter	Jahresumsatz in TEuro	Bilanzsumme in TEuro
Summe Berechnungsbogen Anhang A (siehe Anlage 4):			
Summe Berechnungsbogen Anhang B (siehe Anlage 5):			
Summe A und B:			

Antragsteller/Antragsnummer:

Anlage 4

Berechnungsbogen Anhang A für verbundene Unternehmen des Antragstellers

Name des verbundenen Unternehmens	Gesamtzahl (100 %)		
	Mitarbeiter	Jahresumsatz in TEuro	Bilanzsumme in TEuro
Summe Berechnungsbogen Anhang A <i>(bitte in das Berechnungsbogen-Deckblatt - Anlage 3 - übertragen) :</i>			

Antragsteller/Antragsnummer:

Berechnungsbogen Anhang B für Partnerunternehmen des Antragstellers

Name des Partnerunternehmens	Gesamtzahl (100 %)			Quote der Beteiligung _____%		
	Mitarbeiter	Jahresumsatz in TEuro	Bilanzsumme in TEuro	Mitarbeiter (Quote)	Jahresumsatz in TEuro (Quote)	Bilanzsumme in TEuro (Quote)
Summe Berechnungsbogen Anhang B (bitte in das Berechnungsbogen-Deckblatt - Anlage 3 - übertragen) :						